

# Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 241—248 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten | 15. April 1919

## Welcher Organisation soll sich der Chemiker anschließen?

Von Dr. Schellwien, Elberfeld.

Der Organisationsgedanke liegt zur Zeit sozusagen in der Luft. Wo sich auf der einen Seite die Arbeitgeber, auf der anderen die Arbeiter und unteren Angestellten lückenlos organisieren, ist auch den oberen Angestellten klar geworden, daß sie nicht mehr einzeln ihre Interessen wahrnehmen können, sondern nur im straffen Zusammenschluß aller gleichartig Interessierten die Möglichkeit liegt, sich durchzusetzen.

Nicht so einig wie über die Notwendigkeit, daß man sich organisieren muß, ist man leider hinsichtlich der Frage, wie man sich organisieren muß. Der Chemiker gehörte bisher nur dem Verein Deutscher Chemiker an, der aber auf paritätischer Grundlage errichtet ist, also für eine den jetzigen Zeitverhältnissen entsprechende nachdrückliche Vertretung der Angestellteninteressen der Chemiker nicht in Frage kommt; ebensowenig wie die Arbeitgeber sich an dem Verein haben genügen lassen, sondern sich in einem besonderen Arbeitgeberverband der chemischen Industrie zusammengeschlossen haben. An diesem Charakter des Vereins Deutscher Chemiker könnte auch die von Alfred Stock in Nr. 23/24 der Zeitschrift für angewandte Chemie vorgeschlagene Umgestaltung des Vereins nichts ändern; der Gedanke, die Angestellteninteressen anders als durch einen reinen Arbeitnehmerverband vertreten zu lassen, entspricht in keiner Weise dem Bedürfnis der Jetztzeit, und jeder Versuch nach dieser Richtung muß als ein von vornherein aussichtsloses Beginnen angesehen werden; man wird darüber zur Tagesordnung übergehen.

Ein anderer Plan geht dahin, eine sich auf die angestellten Chemiker beschränkende Organisation ins Leben zu rufen. Erst trat dieser Gedanke in der Form auf, daß man einen Akademikerbund der chemischen Industrie gründen wollte; jetzt hört man von einem Bund angestellter Chemiker, wobei nicht recht zu erkennen ist, ob es sich dabei um zwei verschiedene Pläne handelt oder ein und denselben, der in der kurzen Zeit bereits Wandlungen durchgemacht hat. Ersterer will sich nur auf die chemische Industrie beschränken, würde also die zahlreichen in anderen Industriezweigen beschäftigten Chemiker außer acht lassen; der andere geplante Bund will sich zwar auf alle angestellten Chemiker erstrecken, ohne Rücksicht darauf, in welchem Industriezweig usw. sie tätig sind, vernachlässigt aber die große Zahl der anderen in der chemischen Industrie beschäftigten Akademiker, wie Ingenieure, Architekten, Mediziner, Volkswirte, Juristen. Zwar sollen auch diese „Gelegenheit zur Aufnahme finden“, aber diese Ausdrucksweise zeigt ebenso wie der Name „Bund angestellter Chemiker“, daß die Nichtchemiker hier nur als Füllung dienen sollen; ihre Interessen würden nur so nebenbei vertreten. Und sobald diese Akademiker aus der chemischen Industrie ausscheiden, büßen sie ihre Mitgliedschaft beim „Bund“ völlig ein und gehen damit aller Anrechte verlustig. Andererseits — und darin liegt ein Widerspruch — will sich der Bund auch auf die in anderen Industriezweigen tätigen Chemiker ausdehnen, während es nach dem Vorhergesagten folgerichtig wäre, daß sich diese dem in der betreffenden Industrie vorherrschenden Berufsverbände anschließen, etwa einem Verbands angestellter Ingenieure in der Metallindustrie usw.

Hier zeigt sich schon die große Schwierigkeit, die in dem Versuche liegt, die Organisation auf ein eng umgrenztes Fach oder einen einzelnen Industriezweig zu beschränken. Mit Naturnotwendigkeit werden diese Gründungen bald dazu gedrängt werden, zu versuchen, alle Akademiker in der gesamten Industrie und im gesamten Handel einzubeziehen oder Anlehnung an andere Organisationen zu suchen, um dauernd bestehen zu können. Welch ein kleiner Schritt ist es dann aber noch, wenn man außer den Akademikern auch Kaufleute in führenden und leitenden Stellungen einbezieht. Gerade in der chemischen Großindustrie ist die obere Schicht des kaufmännischen Standes recht zahlreich vertreten. Auch mit diesen Kaufleuten in gehobener Stellung haben wir Akademiker eine ganze Reihe gemeinsamer Interessen. Nur durch ihre Einbeziehung in eine gemeinschaftliche Organisation kann die Basis gewonnen werden, die breit genug ist, um darauf eine achtungsgebietende Interessenvertretung zu errichten, die in entscheidenden Augenblicken sich Gehör zu verschaffen und durchzusetzen weiß. Die Akademiker schädigen sich selber, wenn sie es ablehnen wollten, mit den oberen Beamten des Kaufmannsstandes zusammenzugehen.

Die Sonderinteressen des einzelnen Standes müssen in einer so ersten und schweren Zeit wie heute vor den großen, allgemeinen Gesichtspunkten zurückstehen, also auch vor den der Gesamtschicht der oberen Beamten gemeinsamen Zielen. Die Zersplitterung in kleine Fachgruppen schwächt einmal die Stoßkraft derselben, während sie zusammengefaßt ein machtvolles Gebilde darstellen. Außerdem verschlingt die Werbearbeit und der innere Aufbau mehrerer kleiner Organisationen sehr große Mittel, die, für eine gemeinschaftliche Sache verwandt, weit fruchtbringender angelegt werden könnten und auch genügende Mittel übrig ließen, einen großzügigen Hilfsfonds sozialer Art zu schaffen, der es erlaubt, seine Mitglieder vor den Folgen unvorhergesehener Zufälle zu schützen.

Die Sonderinteressen des einzelnen Standes sollen und brauchen keineswegs vor der notwendigen Vertretung der allgemeinen Interessen der verwandten Berufsgruppen zurückzutreten und die Vertretung von Sonderinteressen und die Wahrung allgemeiner Interessen heben sich in ihrer Gegenseitigkeit nicht etwa auf, sondern im Gegenteil, sie fördern und ergänzen einander.

Alle diese Erwägungen führen zu der Überzeugung, daß nicht in einer eng begrenzten Standesvertretung, möge sie sich Akademikerbund der chemischen Industrie oder Bund angestellter Chemiker nennen, das Heil der Zukunft zu suchen ist, sondern einzig und allein in einer, kleinliche Bedenken zurückstellenden, umfassenderen Organisation, wie sie die Vereinigung von Angestellten in Handel und Industrie darstellt, die alle wirtschaftlich und sozial Gleichgestellten zusammenfassen will.

Die „Vereinigung“ bildet den Zusammenschluß aller in Handel und Industrie tätigen höheren Angestellten; sie umfaßt sowohl Chemiker als auch Ingenieure, Kaufleute in gehobener Stellung, Volkswirte, Juristen usw. Innerhalb der Vereinigung, gleichsam unter ihrem allumfassenden Schutze, treten die Mitglieder der einzelnen Berufe zu besonderen Fachgruppen zusammen, welche die Aufgabe haben, die Sonderinteressen des betreffenden Standes wahrzunehmen. Das, was die anderen geplanten Gründungen wollen, findet also seine Erfüllung in der innerhalb der Vereinigung gebildeten Chemikerfachgruppe, nur in vollkommenerem Maße, weil die Gruppe nicht allein dasteht, sondern ein Teil der Gesamtorganisation aller höheren Angestellten in Handel und Industrie ist und auf diese gestützt in dem immer schärfer werdenden Wirtschaftskampfe eine ganz andere Macht darstellt, als eine allein auf weiter Flur stehende kleine Standesvertretung, ohne jeden Rückhalt an anderen Berufsgruppen von gleicher sozialer Schichtung.

Aus diesem Grunde dürfte die natürliche Entwicklung die sein, daß diejenigen, die jetzt glauben, sich einem selbständigen Chemikerbund anschließen zu sollen, früher oder später, sei es einzeln, sei es geschlossen als Fach- oder Werksgruppe sich der Vereinigung von Angestellten in Handel und Industrie anschließen. Je früher das geschieht, um so erfreulicher wäre das im Interesse aller Beteiligten; es wäre bedauerlich, wenn erst kostbare Zeit und Geld damit vergeudet würden, eine Mehrzahl von Organisationen ins Leben zu rufen, die, wie das Beispiel der Handlungsgehilfenverbände zeigt, schließlich notgedrungen sich doch zu einem Einheitsbunde zusammenfinden müssen.

Obwohl die „Vereinigung“ erst vor einem Vierteljahr ins Leben getreten ist, zählt sie bereits Tausende von Mitgliedern in einer ständig wachsenden Anzahl von Ortsgruppen, deren rührigsten eine die Elberfelder ist, nicht zum geringsten dank der tätigen Mitarbeit der Chemiker der Elberfelder Farbenfabriken, die sich hier fast ausnahmslos der Vereinigung angeschlossen haben. Durch ihren Beitritt aber und ihre Mitarbeit können die Chemiker sich in der Vereinigung den Einfluß sichern, den sie beanspruchen dürfen; je früher das geschieht, um so günstiger sind die Aussichten, denn noch ist die „Vereinigung“ jung, und die ihr jetzt beitreten, haben somit die Möglichkeit, ihr ihren Stempel aufzudrücken.

Nähere Auskunft über die Vereinigung von Angestellten in Handel und Industrie erteilt die Geschäftsstelle in Berlin-Charlottenburg, Kurfürstendamm 220.

(S. a. S. 247 unter „Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen“. — Schriftleitung.)

## Wochenschau.

(4./4. 1919.) Die Lage im Ruhrrevier sieht im Augenblick bedrohlich aus. Zu Ruhestörungen ist es bisher nicht gekommen, aber die Regierung hat sich genötigt gesehen, über die Stadt Mülheim an der Ruhr den verschärften Belagerungszustand zu verhängen,

um allen Möglichkeiten zu begegnen. Die Stadt Mülheim an der Ruhr ist bekanntlich eine Hochburg der kommunistischen Partei und verwandter Gesinnungsgenossen und die jetzige Bewegung, welche sich über das ganze Ruhrkohlengebiet erstreckt, aber von einem Generalstreik weit entfernt ist, auf politische Ursachen zurückzuführen. Durch die Aufstellung neuer wahnsinniger Lohnforderungen verstehen es die Aufwiegler, den Massen den wahren Zweck zu verdecken. Das übereinstimmende Urteil von Kennern der Arbeiterschaft im Ruhrkohlenrevier geht dahin, daß die Hauptursache aller bisherigen Unruhen der Mangel an Lebensmitteln gewesen ist, mit Beginn besserer Ernährung daher volle Ruhe eintreten und den spartakistischen Umtrieben der Boden entzogen wird. Den bolschewistischen Hetzern wird dadurch der Wind aus den Segeln genommen. Die Regierung hat sich der immer dreister hervorstechenden bolschewistischen Bewegung gegenüber bisher vielfach als zu schwach erwiesen, aus den früheren Vorgängen im allgemeinen aber hoffentlich gelernt, daß nur entschlossenes und schnelles Handeln den Willen zur Arbeit schützen kann. Die Mittel hierzu besitzt sie. Mag sie solche auch anwenden! Wie die Bergarbeiterschaft über die in der letzten Zeit zur Erreichung politischer Zwecke von einer kleinen Minderheit vom Zaune gebrochenen Streiks denkt, beweist die Bezirkskonferenz der Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes in Köthen, welche die Urheber des mitteldeutschen Generalstreiks als gewissenlose politische Drahtzieher bezeichnete und mit 61 gegen 9 Stimmen eine dahingehende Entschliebung faßte. Solche Meinungsäußerungen maßgebender Körperschaften sollten mit riesengroßen Lettern an allen Arbeitsstellen jedermann zur Kenntnis gebracht werden. Sie würden sehr viel zur Aufklärung der verführten Massen beitragen können und sollten daher besser ausgenutzt werden.

Die Blockade wird binnen kurzem fallen. Daran ist wohl nicht mehr zu zweifeln. Der Verband hat wesentliche Erleichterungen im Verkehr des besetzten Gebietes mit den Verbandsländern und ganz Deutschlands mit den Neutralen bereits zugestanden. Die Überschubländer, und das sind hauptsächlich Nordamerika und englische Kolonien, sind geradezu gezwungen, sich an die Verbrauchsländer zu wenden, um nicht Gefahr zu laufen, ungeheure Konjunkturverluste zu erleiden, was unzweifelhaft der Fall sein würde, wenn eine weitere Ernte herangereift wäre, ohne die jetzigen Überschüsse verwertet zu haben. Mit Rohstoffen verhält es sich ähnlich. Nach einer Meldung des „Temps“ soll die Vorfriedenskonferenz mit Deutschland laut einer Erklärung des französischen Handelsministers die Aufhebung der Blockade in ihrem vollen Umfange bringen. Diese Meldung klingt glaubhaft. Auch andere Anzeichen sprechen für baldige Aufhebung der Blockade. Nach einem Beschluß der Reichsregierung wird der Friedenskommission eine Unterkommission beigegeben, welche ihren Sitz in Köln hat und die sich aus der Besetzung eines Teils der Rheinprovinz ergebenden Fragen aus Industrie, Handel, Landwirtschaft und Arbeiterschaft in wiederum besonders gebildeten Fachausschüssen bearbeiten wird.

In Deutschland halten sich bereits zahlreiche Vertreter aus Industrie und Handel neutraler wie der anderen Länder auf, welche mit uns Fühlung zu nehmen suchen, um sofort nach Aufhebung der Blockade in Warenaustausch mit uns zu treten. Die wichtigste Frage hierbei spielt der Kredit, den wir zunächst wohl in weitem Maße in Anspruch nehmen müssen. Sie wird zu einem guten Teil wohl dadurch gelöst werden, daß die Finanzkreise der fremden Länder bei uns Bankniederlassungen errichten, Pläne, deren Verwirklichung im Interesse der Hebung unseres gesunkenen Ansehens in der Welt nur begrüßt werden könnte. Die finanzielle Seite des Friedensvertrages ist unstreitig die schwierigste.

Die höheren Preise für Brennstoffe haben nicht die Genehmigung des Handelsministers gefunden, eine Entscheidung, die nur gebilligt werden kann, wenn man das unsinnige Maß der Preiserhöhungen betrachtet. Damit sind auch die Preiserhöhungen für Roheisen zunächst fraglich geworden, während der Stahlverband klugerweise die beabsichtigte Preisregelung noch hinausgeschoben hat.

Französische Zollmaßnahmen gegen den deutschen Handel, wie sie von interessierter Seite gefordert werden, sind wohl nicht ernst zu nehmen. Wir würden uns mit der gleichen Waffe unschwer zur Wehr setzen.

Die Börse war während der Berichtswoche von verschiedenen Strömungen beherrscht. Geld ist ziemlich flüssig, was auch daraus hervorgeht, daß die Sparkassen den Zinsfuß für Einlagen vielfach herabgesetzt haben. Die Wiederherstellung des internationalen Zahlungsverkehrs nach Friedensschluß rollt Fragen auf, welche jedenfalls nicht so ohne weiteres gelöst werden können. Führende chemische Industriewerte waren starken Schwankungen unterworfen, was unter den heutigen Verhältnissen natürlich weniger auffällt. An der Frankfurter Börse notierten Badische Anilin- und Soda 264, Th. Goldschmidt 221, Griesheim-Elektron 199, Farbwerke Höchst 257, Holzverkohlung 214 $\frac{1}{2}$ , und Chemische Werke Albert 293%.

## Gesetzgebung.

### (Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

**Costa Rica.** Zollfreie Einfuhr von chemischen und biologischen Zubereitungen zur Bekämpfung von Krankheiten. Ein in „La Gaceta“ vom 30./11. 1918 kundgemachtes Gesetz vom 15./11. 1918 bestimmt:

1. Vom Tage der Kundmachung dieses Gesetzes ab sind die nachgenannten chemischen und biologischen Zubereitungen von Einfuhrzöllen befreit:

Einspritzungen zur Heilung der Syphilis; Brechmittel; heilende und vorbeugende Lymphen und Sera, Quecksilber, Arsensalze und Jodverbindungen zum Gebrauch in der antisiphilitischen Therapie.

2. Die Zollfreiheit beanspruchenden Einführer haben dem Finanzministerium die Art und die Menge der einzuführenden Zubereitungen und den Namen der Empfangsfirma bekanntzugeben. Gleichzeitig haben die Einführer die Gewähr dafür zu übernehmen, daß die Zubereitungen im Kleinverkaufe mit keinem größeren Nutzen als 20% abgegeben werden und daß von diesen Waren ein Bestand gehalten wird, der genügt, um die eigenen Bedürfnisse des Landes hinreichend zu decken. („The Board of Trade Journal“ vom 20./2. 1919.)

Die Aufhebung des Einfuhrverbotes von Diamanten in Britisch-Indien ist mit Wirkung vom 25./1. vom Department of Commerce and Industry verfügt worden. („Pioneer Mail“ vom 30./1. 1919.)

**Italien.** Der Staat wird nach Vereinbarung mit den Zuckerrfabriken die diesjährige italienische Zuckerverzeugung voll übernehmen. („Sole“ vom 22./3. 1919.)

**Schweiz.** Auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 10./2. 1919, betreffend den Vertrieb gebrannter Wasser durch die Alkoholverwaltung, werden die Monopol- und Ausgleichungsgebühren u. a. für folgende Produkte neu festgesetzt. Die Einfuhr von Spirit, Spiritus, Weingeist, Alkohol ist Monopol des Bundes. Alcohol absolutus und andere Spirit- und Spiritusarten können indessen mit Bewilligung der Alkoholverwaltung auch durch Privatpersonen eingeführt werden gegen Entrichtung der tarifgemäßen Zölle und der folgenden Eintrittstaxen.

a) für Alcohol absolutus:

in Sendungen von 50 kg Rohgewicht und mehr 432 Fr. für 100 kg Rohgewicht; in Sendungen unter 50 kg Rohgewicht 540 Fr. für 100 kg Rohgewicht;

b) für andere Spirit- und Spiritusspezialitäten nach besonderer Aufstellung.

Für die Einfuhr von Alcohol absolutus wird eine generelle Einfuhrbewilligung erteilt.

**Ausgleichgebühren für 100 kg Rohgewicht:** Essig und Essigsäure 15 Rappen für den Säuregrad, Aldehyd (Acetaldehyd, Paraldehyd), nicht denaturiert 16,50 Fr., Ameisenäther und Salpetergeist unterliegen einer fixen Monopolgebühr von 345 Fr., Jodoform 1,50 Fr., Chloroform 10,80 Fr., Chloral und Chloralhydrat 4,50 Fr.

**Monopolgebühren für 100 kg Rohgewicht:**

1. auf alkoholhaltige pharmazeutische Präparate und Tinkturen, die ausschließlich zum äußerlichen Gebrauch dienen: 4,20 Fr. für den Grad.

2. Rumäther und Rumessenz 345 Fr.

3. Fruchtessenzen: a) mit mehr als 10, aber weniger als 25 Volumenprozenten Alkoholgehalt, bei Sendungen von 50 kg Rohgewicht und mehr 345 Fr., unter 50 kg 431,25 Fr.; b) mit 25 und mehr Volumenprozenten Alkoholgehalt:

4. Auf alkoholhaltige pharmazeutische Präparate und Tinkturen, Elixiere, Geheimmittel, medikamentöse Weine usw., die zum innerlichen Gebrauche dienen, sowie auf andere als die vorstehend aufgeführten alkoholhaltigen Essenzen und Extrakte zu Genußzwecken oder zur Herstellung von Branntwein, Likören, Limonaden usw. wie Alcohol de menthe (Münzgeist), Bittergeist (Lebensessenz), Kognakessenz, Extrait de menthe, Wermutessenz u. dgl. gemäß NB. ad 125/129 Ziffer II lit. a-c der Verordnung.

Für alkoholhaltige Parfümerien und kosmetische Mittel 4,20 Fr. für den Grad, Weinhefe, getrocknet (gepreßt) 15,75 Fr. Propyl-, Isopropyl-, Butyl-, Isobutyl-, Amyl-, Isoamyl-Alkohol, Fuselöl u. dgl. 345 Fr., Fruchtäther (wie Amylaacetat, Butylaacetat, Amylbutyrat usw.), rein oder mit einem Alkoholgehalte von 10 Volumenprozenten oder weniger 345 Fr., solche mit höherem Alkoholgehalte s. Ziffer 3.

**Ausgleichgebühren für 100 kg:** Bromäthyl 10,80 Fr., Chlcräthyl 10,50 Fr., Jodäthyl 6 Fr., Schwefeläther 15,75 Fr., Essigäther 7,50 Fr., Spirituslacke und -polituren, die nicht wenigstens 6% ihres Gewichts an Schellack oder sonstigen Harzen enthalten, 4,20 Fr. für den Grad.

Diese Bekanntmachung ersetzt diejenige vom 3./10. 1917 und tritt nebst Übergangsbestimmungen mit dem 19./2. 1919 in Kraft. U.

**Tschecho-slowakischer Staat.** Ein- und Ausfuhrerlaubnis. Allgemein bewilligt sind für die chemische Industrie: a) Ausfuhr: Vitriol, Tinte, Bleistifte, Anilinfarben, in Säckchen gemischt, Wasserstoff(superoxyd), weniger wertvolle Druckfarben, Karlsbader Natursalz, Waschpulver, soweit es keine Soda enthält; b) Einfuhr: Reine Teerfarben, Harze, Terpentinöle, Soda, Ätznatron, Chemikalien aller Art und Seifen. — Allgemein verboten sind: a) Ausfuhr: Alkoholische Essenzen, Weindestillate, ätherische Öle, Stärke und Stärkeerzeugnisse, Soda, Ätznatron, Weinsäure, Oxal- und Essigsäure, Toilette- und Tabaksurrogate; b) Einfuhr: Sidol und Sirax. — Für die Aus- und Einfuhr müssen die Beteiligten einen allgemeinen Aus- und Einfuhrantrag bei der Ein- und Ausfuhrkommission in Prag stellen und haben, falls der Antrag genehmigt wird, das Recht, die in ihrem Antrag genannten Waren aus- oder einzuführen, ohne im einzelnen Falle einen besonderen Antrag stellen zu müssen. *Gr.*

**Deutschösterreich.** Verbot der Erzeugung gewisser Waren aus Fasermaterialien. Durch eine Vollzugsanweisung des deutschösterreichischen Staatsamts für Kriegs- und Übergangswirtschaft vom 11./3. 1919 ist die gewerbsmäßige Verarbeitung von Wolle, Kunstwolle, Baumwolle, Effiloclés (Kunstbaumwolle), Flachs, europäischem und überseeischem Hanf, Jute, Ramie und der bei deren Verarbeitung entstehenden Abfälle sowie der aus diesen Stoffen hergestellten Garne und Gespinste oder Web-, Wirk-, Strick- und Flechtwaren auf bestimmte Waren, die aus Ersatzstoffen, insbesondere Papiergarnen oder -geweben vorteilhaft erzeugt werden können, verboten worden. Die Liste dieser Waren sowie allgemeiner Ausnahmen vom Verbote wird vom Staatsamt für Kriegs- und Übergangswirtschaft kundgemacht. (Nachrichten 65, 1919.) *on.*

**Deutschland.** Die Gruppe VIII (Chemie) des Reichsministeriums für die wirtschaftliche Demobilmachung ist mit dem 3./4. 1919 in das Reichswirtschaftsministerium als Sektion II/5., übertreten. Die Aufschrift lautet von nun ab: Reichswirtschaftsministerium, Sekt. II/5., Berlin NW. 7, Friedrichstraße 100. Fernsprechanchlüsse: Zentrum 3372—3375 und 3383 bis 3385 (Zentrale: Reichsverwertungsamt). *ar.*

Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung hat unterm 23./3. 1919 ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft beschlossen. Kohle im Sinne dieses Gesetzes sind Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks. Das Reich regelt die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft. Die Leitung der Kohlenwirtschaft wird einem zu bildenden Reichskohlenrat übertragen. Die Zusammensetzung des Reichskohlenrats soll der des Sachverständigenrats entsprechen. Das Nähere über seine Errichtung wird im Einverständnis mit dem Sachverständigenrat durch besondere Vorschriften geregelt. Die Reichsregierung schließt die Kohlenzeuger für bestimmte Bezirke zu Verbänden und diese zu einem Gesamtverbande zusammen. An der Verwaltung dieser Verbände sind die Arbeitnehmer zu beteiligen; das Nähere bestimmen die zu erlassenden Vorschriften. Den Verbänden liegt die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Absatz unter Aufsicht des Reichskohlenrats ob. Die Reichsregierung führt die Oberaufsicht und regelt die Feststellung der Preise.

Der Reichskohlenrat und die Verbände sind bis zum 30./6. 1919 zu errichten.

Vor der vorgesehenen Regelung hat die Reichsregierung einen Sachverständigenrat für die Kohlenwirtschaft zu berufen, der aus 50 Mitgliedern besteht.

Bei der Ernennung aus dem Kreise der Kohlenverbraucher müssen die verschiedenen Gruppen derselben und die verschiedenen Teile des Reichs möglichst berücksichtigt werden. *on.*

Am 1./4. 1919 ist die Bewirtschaftung von Gummi, Guttapercha, Balata, Asbest und Glimmer von der Kriegsrohstoff-Abteilung auf das Reichswirtschaftsministerium übergegangen. Die auf diesem Gebiet bisher erlassenen Bekanntmachungen und Verfügungen bleiben zunächst in Kraft, soweit sie nicht durch die am 1./4. 1919 in Kraft tretende Bekanntmachung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilmachung aufgehoben oder abgeändert worden sind. *dn.*

Zu der vom Kriegsamt nach dem Stande vom 1./1. 1918 neu bearbeiteten Zusammenstellung von Gesetzen, Bekanntmachungen und Verfügungen, betreffend Kriegsrohstoffe nebst deren Nachträgen, Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen, ist das 6. Ergänzungsblatt nach dem Stande vom März 1919 erschienen, das den Beziehern der Zusammenstellung ohne Anfordern kostenfrei nachgeliefert wird. *ll.*

## Wirtschaftsstatistik.

Nach dem Jahresbericht der Londoner Maklerfirma Lewis & Peat betrug die **Kautschukgewinnung der Welt** im Jahre 1918 rund 250 000 t gegen 265 000 t im Vorjahr, 202 000 t 1916 und 146 000 t 1915. Der Bericht beurteilt die Aussichten der Erzeuger sehr günstig und prophezeit für letztere ein gutes Jahr 1919, indem er mit einem

Durchschnittspreis von 2 sh. 3 d für Standardware rechnet. Es wird der englischen Regierung nahegelegt, Anordnungen zu treffen, daß der gesamte auf britischem Boden gewonnene Rohgummi allein auf britischen Märkten zum Verkauf gelangt und London Weltniederlage für Kautschuk wird. Interessant ist, daß die Firma keine übergroßen Vorräte zu Ende 1918 annimmt. — Die im Osten bis Ende 1918 mit Kautschuk bebauten Flächen werden von der Vereinigung der englischen Kautschukpflanzer wie folgt geschätzt (in Acres): Malaisische Halbinsel etwa 1 033 100, Sumatra 250 400, Java 249 300, Borneo 30 000, Ceylon 240 000, Birma 58 000, Britisch-Südindien 44 500, Indochina 42 500, Britisch-Nordborneo 31 500, Neu-Guinea 13 300. — Ein letzter Bericht der London and River Plate Bank entwirft ein sehr trübes Bild von dem Zustand der Kautschukgewinnung in Para und Amazonas als Folge der allgemein gedrückten Lage des Kautschukmarktes, der zeitigen Einfuhrbeschränkungen der Vereinigten Staaten und der Knappheit an Schiffsraum. Die Kautschukausbeute des Amazonastales belief sich 1916 auf 36 210 t, 1917 auf 36 930 t und in den ersten sechs Monaten 1918 nur auf 13 114 t, was einer Jahresgewinnung für 1918 von rund 26 200 t entsprechen würde. („Köln. Ztg.“) *on.*

**Die Einfuhr von Kopro und Cocosnußöl in den Vereinigten Staaten** belief sich in dem mit dem 30./6. 1918 abschließenden Rechnungsjahr auf insgesamt 486 996 112 lbs. Kopro im Wert von 26 945 569 Dollar und 259 194 853 lbs. Cocosnußöl im Wert von 30 919 783 Dollar. Den größten Teil der Einfuhr lieferten die Philippinen mit 219 555 171 lbs. Kopro im Werte von 9 949 785 Dollar und 154 704 481 lbs. Cocosnußöl im Werte von 18 229 369 Dollar. Es folgten Australien und Tasmanien mit 96 397 324 lbs. Kopro und 2 951 647 lbs. Cocosnußöl und Niederländisch-Ostindien mit 45 327 117 lbs. und 39 422 251 lbs. Das übrige britische Ozeanien lieferte 43 124 366 lbs. Kopro, hingegen kein Cocosnußöl. Als weitere Länder, aus denen größere Mengen bezogen wurden, sind zu nennen: Französisch-Ozeanien mit 29 385 019 lbs. Kopro und 389 546 lbs. Cocosnußöl und die Straits-Settlements mit 17 039 945 lbs. Kopro und 150 000 lbs. Cocosnußöl. („Board of Trade Journal“ vom 20./2. 1919.) *ll.*

## Marktberichte.

**Ölsaaten und Öle (1./4. 1919).** Die Zufuhr von Ölsaaten und Öl, der am dringendsten nötigen Stoffe, ist nach wie vor gesperrt, und es ist noch nicht abzusehen, wann endlich eine Milderung oder die gänzliche Beseitigung dieses Zustandes zu erwarten steht. Aus gewissen Anzeichen ist jedoch zu schließen, daß sie nun doch vielleicht nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Die englischen Häfen sind mit gewissen Erzeugnissen, wie Getreide, Ölsaaten, Öl und Fett, überfüllt. Der englische Handel drängt nach Betätigung. Es entspricht den Wünschen des gesamten englischen Handels, wenn zunächst die Ein- und Ausfuhr nach und von dem besetzten deutschen Gebiet endgültig freigegeben wird, damit dieser Teil Deutschlands wenigstens Veranlassung hat, wieder Verbindung mit England zu suchen, welche Absicht im unbesetzten Teil Deutschlands natürlich ebenso besteht. Was den Handel mit Ölsaaten und Öl in Zukunft angeht, so wird unser Einfluß zunächst nur gering sein. Bei der Neuorientierung für die Friedenswirtschaft kommen wir zu dem Schluß, daß Nordamerika und England sich den ersten Platz am Weltmarkt gegenseitig streitig zu machen suchen werden. Und das soll uns recht sein. Werden wir doch dadurch vor willkürlichen Forderungen tunlichst bewahrt. England trifft anscheinend Vorkehrungen, um den Ölsaatenbau in Indien erheblich zu steigern, was wohl der nächstliegende und vielleicht überhaupt der einzige Weg ist, um Nordamerika den Vorrang streitig zu machen. Die Ölsaat- und Ölpreise werden in England tunlichst herabgesetzt, in den Anbauländern, abgesehen von Indien, über dessen augenblickliche Verhältnisse wir nicht oder nur sehr wenig unterrichtet sind, sind sie in den verflossenen vier Wochen jedoch mehr oder weniger gestiegen. Je dringender die Anforderungen Europas werden und je günstiger die Frachtraumverhältnisse sich gestalten, um so mehr haben die Anbauländer Ursache, auf Preise zu halten. Auf der anderen Seite jedoch muß die zunehmende Versorgung der Verbrauchsländer allmählich hier wieder normale Preisverhältnisse schaffen mit den durch die wirtschaftliche Umwälzung bedingten Veränderungen. Von dem Ertrag der Leinsaaterte in Argentinien hat man jetzt eine etwas günstigere Auffassung. Er wird amtlich mit etwa 700 000 t angenommen, wonach für die Ausfuhr mindestens 600 000 t zur Verfügung stehen. Von dieser Menge ist jedoch wohl schon ein größerer Teil verschifft. Allmählich werden wir uns hierüber ein ungefähres Bild machen können, da England Angaben über Verschiffungen von La Plata wieder zuläßt. Im Berichtsabschnitt sind 40 000 t Leinsaat nach dem Festlande und 63 000 t nach nichteuropäischen Ländern abgeladen worden, Abladungen nach England also anscheinend nicht erfolgt, weil hier die Vorräte zur Befriedigung des Bedarfs ausreichen. Die Stimmung konnte sich am La Plata gut befestigen, und die Preise zogen kräftig an. Der von den Verbandsländern garantierte Mindestpreis beträgt 18 Pesos für 100 kg, der billigste Preis im freien Verkehr war 17,95 Pesos, dann aber trat Erhöhung bis auf

19,45 Pesos für 100 kg fob Buenos Aires ein. Auch daß die sichtbaren Vorräte von 50 000 auf 75 000 t stiegen, verhinderte die Preisteigerung nicht. Inwieweit die Meldungen von der Beschädigung der eingemieteten Leinsaat durch Feuchtigkeit zutreffen, kann sich erst im Laufe der nächsten Zeit herausstellen. Mit der ansehnlichen Preisteigerung am La Plata steht solche in Nordamerika wohl in engem Zusammenhang, wo die Nachfrage nach Leinsaat andauernd groß ist. Die von Argentinien nach nichteuropäischen Ländern verschifften 63 000 t waren anscheinend für nordamerikanische Häfen bestimmt. Über Indien schweigen die Berichte sich seit längerer Zeit vollständig aus. In England sind die Preise inzwischen wiederum ansehnlich ermäßigt worden und zwar für Plata auf 22 Pfd. Sterl., Calcutta 23/15 Pfd. Sterl. und Bombay 23/10 bis 24 Pfd. Sterl. die t. Vielleicht stehen weitere Ermäßigungen schon in nächster Zeit bevor. Die Versteigerungen von Öl haben an den Hauptmärkten wieder ihren Anfang genommen, die Ausfuhr gewisser Mengen nach neutralen Ländern ist offen. Während der amtliche Preis für Leinöl in England von 75 auf 58 Pfd. Sterl. für 1 t ermäßigt worden ist, konnten im freien Verkehr natürlich wesentlich höhere Preise erzielt werden. Über die Wiedereröffnung des Amsterdamer Ölmarktes verlautete bisher noch nichts. Rübsaat und Baumwollsaat waren an den englischen Märkten in der letzten Zeit weniger begehrt. Rübsaat kostete je nach Beschaffenheit 22/10 bis 23 Pfd. Sterl. und Baumwollsaat 14 Pfd. Sterl. für 1 t. Baumwollsaatöle lagen an den englischen und amerikanischen Märkten unverändert. Die Notierungen in New York betragen 17,50 bzw. 21,50 Doll., Amerika hat größere Mengen nach Holland verschifft.

Die Versorgung der Margarineindustrie mit Rohware im März war besser, als vielfach erwartet worden war. Dagegen muß mit einer geringen Verkürzung für den Monat April gerechnet werden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Speisefett ist damit auch für die nächste Zeit im Rahmen der Rationierung gesichert. Eine Entscheidung bezüglich der von den Werken schon vor längerer Zeit beantragten Preiserhöhung ist bisher nicht getroffen worden. Die Fabriken planen die Gründung eines Arbeitgeberverbandes, um einen einheitlichen Lohntarif einzuführen, und da auch die Rohwarenpreise in der nächsten Zeit neu geregelt werden müssen, so wird die Festsetzung der Preise für Margarine tunlichst hinausgeschoben, bis über den beabsichtigten Lohntarif Einigung erzielt worden ist. Die Beschäftigung der im besetzten Gebiet liegenden Fabriken im Rahmen des dortigen Bedarfes ist auch weiter gesichert. —m.

**Vom Baumwollmarkt (1./4. 1919).** Die Lage der Textilindustrie in allen Ländern ist wenig befriedigend. Am günstigsten sind die Verhältnisse in Nordamerika und Japan, welche sich im Verein mit England den Absatz auch in Europa streitig machen. Nordamerika hat allmählich den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft gefunden, so daß das Fehlen der Heereslieferungen inzwischen ausgeglichen werden konnte. Das Webwarengeschäft in der Union war während der letzten Wochen lebhafter, und die Nachfrage nach vorrätiger Baumwolle nahm mehr oder weniger zu. Dagegen ist die Lage der englischen Baumwollindustrie sehr unbefriedigend und durchgreifende Besserung vorerst noch nicht zu erwarten. Die englischen Fabrikanten fordern mit großem Nachdruck den ungehinderten Verkehr mit dem Festlande, um ihre Vorräte von Baumwollwaren räumen und Platz für neue Aufträge schaffen zu können. An neuen Aufträgen fehlt es eben vollständig, so daß es mit der Beschäftigung der Arbeiter in der Baumwollindustrie in der Tat schlecht aussieht. Die Kauflust für Webwaren im allgemeinen ließ in England sehr zu wünschen übrig, da jedermann in Hinsicht auf wahrscheinlich eintretende Preisermäßigungen mit der Deckung seines Bedarfes wartet. Aus diesem Wirrwarr hat die Regierung nun zunächst insofern einen gangbaren Ausweg gesucht, als sie die Ausfuhr von Baumwollgeweben im Werte von 10 Mill. Pfd. Sterl. freigegeben hat. Eine solche Überschwemmung anderer Märkte mit Baumwollwebwaren muß hier die Preise naturgemäß drücken, was für die englischen Fabriken also keineswegs von Vorteil ist. An der Liverpools Börse werden seit einiger Zeit auch wieder Termingeschäfte mit den Neutralen zugelassen. Für solche Geschäfte ist von Mai ab der neue Kontrakt auf der Grundlage von fully Middling statt wie früher von Middling maßgebend. Die Freigabe bedeutender Posten Baumwollwebwaren für die Ausfuhr aus England hat auf die Stimmung für Baumwolle festigend eingewirkt. Die Preise zogen in den letzten Wochen auch im Gegensatz zu Nordamerika kräftig an, und zwar notierte Liverpool für vorrätige amerikanische Middling 16,85, März 16,87, April 16,12, nach neuem Kontrakt auf der Grundlage von fully Middling für Mai 14,61, Juli 14,02 und September 13,45, für ägyptische Baumwolle auf März 27,09 Pence für 1 Pfund. Über den Anbau von Baumwolle für dieses Jahr in den verschiedenen Ländern fehlen größtenteils noch annähernde Anhaltspunkte. In Nordamerika besteht unter den Farmern zunächst keine große Neigung für einen erweiterten Anbau trotz der geringen Erträge der Kriegsjahre, weil die heutigen Preise hierzu nur wenig Veranlassung bieten. Wenn die Selbstkosten für Baumwolle nun tatsächlich allmählich auf 23 Cts. für das Pfund angeht sind und nicht vermindert werden können, dann allerdings haben die Farmer wenig Veranlassung, den Anbau von Baumwolle auszudehnen.

Eine Senkung der Selbstkostenpreise ist indessen auch in Nordamerika mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden, obwohl die Vorbedingungen hierfür nicht ungünstig sind. Vielleicht befürchten die Farmer aber auch den Wettbewerb Englands, das sich angeblich mit der Absicht trägt, den Anbau von Baumwolle in Indien und Ägypten erheblich zu steigern. Diese Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, da England alles daran setzt, um sich von der Versorgung mit Baumwolle durch Nordamerika unabhängig zu machen. Das sind allerdings gewichtige Gründe, welche die Farmer bestimmen, an den Anbau von Baumwolle in diesem Jahre mit besonderer Vorsicht heranzutreten. Aber der Anbau von Getreide dürfte unter den heutigen Verhältnissen noch weniger verlockend sein. In größeren Ankäufen für französische Rechnung fanden die amerikanischen Märkte während des Berichtsabschnittes eine gute Stütze. Vielfach schritten auch die Hochspekulanten zu Stützungsankäufen, woraus hervorgeht, daß die Aussichten gegenwärtig weniger auf höhere Preise gerichtet sind. Die Ausfuhr nach neutralen Ländern ist zugelassen und der Schweiz zunächst eine Menge von 30 000 Ballen zugesagt, dagegen die Ausfuhr nach Deutschland bis auf weiteres noch gesperrt. Der amerikanische Ausfuhrhandel weiß aber sehr wohl, daß ohne ungehinderte Ausfuhr nach allen europäischen Ländern an die Verbesserung seiner Aussichten nicht zu denken sein wird. Er bemüht sich infolgedessen andauernd auch um Zulassung der Ausfuhr nach Deutschland. Die Nachfrage für Rechnung des Auslandes war an den amerikanischen Märkten sehr rege und greifbare Ware gesucht, so daß sich die Stimmung gut befestigte, wozu ungünstige Witterungsberichte in der Schlußwoche beitrugen. Die Zufuhren waren zeitweise ziemlich umfangreich, in der Schlußwoche jedoch gering. Trotzdem aber vermochten sich die Preise nur wenig zu behaupten. New York notierte nach neuem Kontrakt für vorrätige Middling 28,30, Juli 22,66, September 20,85, Oktober 20,68, November 19,63, Dezember 20,27 Cts für 1 Pfund. —p.

Nach der erfolgten Ausfuhrerlaubnis französischer Seifen und Parfümerien ist in der letzten Zeit insbesondere Holland mit Parfümeriewaren, zum Teil auch mit Toiletteseife französischen Ursprunges versehen worden. Die Preise bewegen sich etwa 50% über dem französischen Friedenspreis. (W. N. D. Eigenbericht aus Amsterdam vom 12./3. 1919.) II.

## Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Nach dem Jahresabschluß der United States Steel Corporation für das Jahr 1918 erreichten die Umsätze eine Höhe von 1 744 312 000 (1 683 963 000) Doll. Die Gesamteinnahmen nach Abzug aller Aufwendungen für den Betrieb beliefen sich auf 208 281 000 (304 161 000) Doll., die Reineinnahme auf 158 642 000 (244 739 000) Doll. Das Surplus betrug 28 935 000 (107 505 000) Doll., das gesamte unverteilte Surplus 441 888 000 Doll. Auf die Vorzugsaktien wurden wie bisher 25 220 000 Doll. zur Ausschüttung gebracht, während die Summe für die Auszahlung der Dividenden auf die Stammaktien 71 165 000 (91 494 000) Doll. betrug. II.

## Aus Handel und Industrie des Auslandes.

### Allgemeines.

**Schweiz. Aufhebung der S. S. S.** Nach einer Berner Meldung der „Basler Nachr.“ soll die S. S. S. Ende Mai d. J. aufgehoben werden. Einzelne an der S. S. S. beteiligte Staaten sollen einer Aufhebung zu einem früheren Zeitpunkt geneigt sein. Die Folgerungen, die hier und da an eine überleitete Auflösung der S. S. S. geknüpft werden, seien unklar. Immerhin aber sei zu erwarten, daß die alliierten Staaten, auch wenn sie durch die Lösung des S. S. S.-Vertrages nicht mehr zur Lieferung der versprochenen Kontingente verpflichtet sind, die Schweiz doch wie früher mit den von ihr benötigten Rohstoffen, Halbfabrikaten und Lebensmitteln versorgen werden. (Nachrichten 66, 1919.) on.

### Bergbau und Hüttenwesen; Metalle.

**England. Rio Tinto Co. Ltd.** Der Rückgang der Schlußdividende auf 20 (i. V. 45) sh., mithin der Gesamtdividende auf 50 (90) sh., wird mit der durch keine entsprechende Ertragssteigerung aufgewogenen Erhöhung der Unkosten erklärt. Nach Vortrag von 519 572 (283 330) Pfd. Sterl., Reingewinn 1561 190 (2 288 320) Pfd. Sterl., Vortrag 512 444 Pfd. Sterl. Große Schwierigkeiten ergaben sich aus dem Mangel an Schiffsraum, der Materialknappheit und der Verteuerung der Brennstoffe und des bei der Kupfergewinnung benötigten Eisens. Die Erzeugung ging infolge dieser Umstände zurück. Seit dem Waffenstillstand hatte die Nachfrage nach Kupfer wesentlich nachgelassen, bei gleichzeitigem Rückgang der Preise. Auch die Nachfrage nach Schwefelkies ging zurück. on.

**Schweden.** Bei Billingen sind bedeutende **Steinkohlenlager** entdeckt worden. Die Kohlen sollen von erheblich besserer Qualität sein als englische Steinkohle. Die Förderungskosten für 1 t Kohle werden auf 11,50 Kr. veranschlagt. („Berlingske Tidende“ vom 16./2. 1919; U.-D. 19./2. 1919.) *on.*

### Chemische Industrie.

**Canada.** Der Regierung wurde ein Plan zum Bau einer **Farben- und Chemikalienfabrik** in Ontario zur Genehmigung vorgelegt. Die Gesellschaft mit Sitz in Walkerville, Ontario, schätzt die Kosten auf 1 Mill. Doll. („Ind. Austr. & Min. Standard“ vom 7./11. 1918; U.-D. vom 22./2. 1919.) *ll.*

**Vereinigte Staaten. Geschäftsänderung.** Die Transoceanic Commercial Corporation ist eine Tochtergesellschaft der Distillers Securities Corporation, die über 42 Mill. Doll. Aktienkapital verfügt und nach Inkrafttreten des Alkoholverbots ihren Betrieb auf Herstellung von Chemikalien, vegetabilischen Ölen, Futterkuchen, Baumwollsaamenölkuchen und dergleichen umstellt, die im Ausland abgesetzt werden sollen. Als ihr Vertreter für Skandinavien bot Herr J. Lindroth 300 000 Gallonen 15% igen Spiritus in Schweden an. („Svenska Dagbladet“ vom 7./3. 1919.) *ar.*

**Hongkong.** Der Umfang des **Farbenhandels** war im Jahre 1918 weit unter normalem Durchschnitt. Die Einfuhr aus Großbritannien war sehr unbedeutend und die Vorräte englischer Fabrikate waren ausverkauft. Amerikanische Farben trafen zwar in größerem Umfang als sonst ein, die Frachtschwierigkeiten erschwerten aber das Geschäft. Japanische Farben erschienen in größeren Mengen auf dem Markt, man glaubt aber nicht, daß sie den zeitweilig eroberten Markt auch später behaupten werden, da sie den vom Hongkonger Handel gestellten Anforderungen nicht genügen. („U. S. Comm. Rep.“) *u.\**

**England.** Die mit einem Kapital von 150 000 Pfd. Sterl. gegründete Cumberland Coal Power & Chemicals, Ltd. beabsichtigt u. a. auch **synthetischen Gummi** (vgl. a. S. 207) herzustellen. („India Rubber Journ.“ vom 1./3. 1919; U.-D. 10.) *Gr.*

— Im englischen Abgeordnetenhaus fragte Colonel Yate den Handelsminister, welche Schritte unternommen seien, um die **britische Glasindustrie** (s. a. S. 116) vor der Überflutung durch ausländische Konkurrenzwaren zu schützen. In der Antwort wurde erklärt, daß man ständig bedacht sei, die einheimische Glasindustrie zu schützen. Die Festsetzung der Einfuhrverbote für Glasfabrikate erfolge im Einvernehmen mit den an dieser Frage interessierten Stellen, insbesondere mit der Abteilung für Glaswaren des Munitionsministeriums.

— James Hope gab in Beantwortung einer Anfrage von Renwick davon Kenntnis, daß die **Beendigung der Erzeugung giftiger Gase** in der Fabrik von Ellesmere Port beschlossen sei. („Chem. Trade Journ.“ Nr. 1659.) *u.\**

**Italien. Garantzeugnis für italienische chemische Produkte.** Es befinden sich Maßnahmen in Vorbereitung für die Beglaubigung von chemischen für medizinischen Gebrauch bestimmten Produkten italienischer Erzeugung gegenüber ähnlichen ausländischen. Die Regierung wird den Industriellen die Erlangung von Garantiezeugnissen über die einheimische Herkunft und die Reinheit der Produkte ihrer Fabrikation erleichtern, den Ein- und Ausfuhrhandel überwachen und eine wirksame technische Aufsicht bei den Apotheken ausüben. („L'Economista d'Italia“, Rom, vom 25./2. 1919; W. N. D.) *on.*

## Aus Handel und Industrie Deutschlands.

### Allgemeines.

**Der Arbeitsmarkt im Februar 1919.** Die dem Statistischen Reichsamt zugegangenen Berichte lassen erkennen, daß die wirtschaftliche Lage im Februar sich ebenso ungünstig wie im Vormonat gestaltet hat, wenn auch die Arbeitslosenziffer, infolge einer stellenweise leichten Besserung des Arbeitsmarkts in der zweiten Hälfte des Berichtsmonats, etwas zurückgegangen ist. Der Mangel an Rohstoffen, die wachsenden Verkehrsschwierigkeiten, die infolge der Unruhen im schlesischen und Ruhrbezirk völlig ungenügenden Kohlenzufuhren, sowie die außerordentlich hohen Löhne in Verbindung mit der verkürzten Arbeitszeit und der Minderung der Arbeitsleistung infolge steigender Arbeitsunlust verringerten die Leistungsfähigkeit aller Betriebe in steigendem Maße. Viele von ihnen dürften nicht in der Lage sein, die Arbeiter weiterhin nur mit Behelfsarbeiten zu beschäftigen; auch werden immer mehr Unternehmen zum Stillstand und zu Arbeiterentlassungen gezwungen. Die Unterbindung des Verkehrs mit Rheinland-Westfalen und dem Saargebiet erweist sich immer mehr als verhängnisvoll. Die künstliche Auseinanderreißung dieser eng miteinander verbundenen Gebiete führt auf die Dauer zu wirtschaftlichen Schädigungen schwerster Art. Die Absatzmöglichkeiten im In- und Auslande werden im großen und ganzen als nicht ungünstig angesehen; sie werden aber im Inland durch die äußerst verschärften Verkehrshemmungen ebenso erschwert wie die Wiederanbahnung von Auslandsbeziehungen durch

die Fortdauer der Wirtschaftsblockade. Die Erhöhung der Herstellungskosten infolge Rückgangs der Arbeitszeit bei gleichzeitig steigenden Löhnen und hohen Rohstoffpreisen ist so bedeutend, daß schon aus diesem Grunde mit einer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt vorläufig nicht gerechnet werden kann. Die Hauptindustriestämme zeigen noch das gleiche ungünstige Bild wie im Vormonat, wenn auch hier und da eine leichte Besserung des Geschäftsganges nicht zu verkennen ist. Besonders hat sich die Lage in der Eisenindustrie so kritisch zugespitzt, daß durch die in den letzten Monaten immer schärfer hervorgetretene Erznot mit einem völligen Zusammenbruch gerechnet werden muß.

Die Berichterstattung aus dem gesamten Gebiete des Bergbaues und Hüttenwesens ist im Berichtsmonat infolge der Streiks, der Arbeiterunruhen und der Verkehrsschwierigkeiten sehr unvollständig gewesen.

Besonders gilt dies für die einzelnen Bezirke des Steinkohlenbergbaues; nur aus dem Ruhr-, oberschlesischen sowie Zwickauer Gebiete liegen Berichte vor. Danach ist der Abrufl in Kohlen und Koks auch im Februar unverändert flott gewesen, jedoch hatte die Kohlenförderung wieder unter wilden Streiks und Sabotage, hervorgerufen durch spartakistische Umtriebe, besonders stark zu leiden. Auch die sehr geringen Leistungen der Arbeiter trugen zu einem starken Rückgange der Förderung bei. Ferner konnten infolge des fortdauernden Wagenmangels die vorliegenden Aufträge nicht erledigt werden. Ebenso trugen die Störungen des Schiffsverkehrs auf dem Rhein-Marne-Kanal durch den starken Frost zu einer Verschlechterung der Geschäftslage im Ruhrbezirke bei. Allgemein wird aus den genannten Bezirken über eine wesentliche Verschlechterung der Förderung sowohl dem Vormonat, als auch dem Vorjahre gegenüber berichtet. Nach wie vor besteht großer Mangel an Arbeitskräften; auch hält die Steigerung der Löhne weiter an. Verschiedentlich wäre Überarbeit, wie aus Oberschlesien berichtet wird, in größerem Umfang erforderlich gewesen, doch wurde sie von der Arbeiterschaft nicht geleistet. Aus dem Braunkohlenbergbau Mitteldeutschlands wird mitgeteilt, daß die Förderleistung im Berichtsmonat nur sehr mangelhaft und schlechter als im Vorjahre gewesen ist. Die Arbeitsleistung ist infolge der politischen Umwälzungen im allgemeinen zurückgegangen. Der Absatz in Rohkohlen und Briketts war jedoch besser als im Vorjahre um die gleiche Zeit. Nur von einer Seite wird die Beschäftigung als gut und besser als im Vormonat und Vorjahre infolge regelmäßiger Arbeit geschildert. Der Rückgang der Förderleistung des einzelnen Arbeiters im Steinkohlenbergbau erhellt daraus, daß im Ruhrgebiet im Januar 1919 die Förderleistung für Mann und Schicht 0,563 t gegen noch 0,730 t im Oktober 1918 und in Oberschlesien im Januar 1919 nur 0,454 t gegen 0,826 t im Oktober v. J. betrug. Die arbeitstägliche Förderung im Ruhrgebiet, die gegen Ende Februar 1918 340 000 t gewesen war, hatte Ende Februar 1919 240 000 t betragen, stellte sich in einzelnen Tagen aber auch nur auf 120 000 t. In Oberschlesien betrug die arbeitstägliche Förderung Ende Februar 1919 etwa 92 000 t gegen 140 000 t Ende Februar v. J.

In der Förderung von Eisenstein in Westdeutschland ist, wie von einer Seite berichtet wird, wiederum eine kleine Besserung eingetreten; jedoch läßt der Versand in jeder Hinsicht infolge des fehlenden Laderaums zu wünschen übrig. Es mußte daher die Förderung auf Lager gestürzt werden.

Aus der Zinkerstellung wird berichtet, daß die Beschäftigung im Berichtsmonat ungünstig gewesen ist, weil der Zinkbedarf stark nachgelassen hat. Gegenüber dem Vormonat hat eine Verschlechterung stattgefunden, und es wird befürchtet, daß sich die Lage in absehbarer Zeit nicht bessern wird. Gegenüber dem Vorjahre war die Beschäftigung wesentlich geringer. Lohnerhöhungen haben hier abermals stattgefunden.

Über die Geschäftslage in den Kupfer- und Messingwerken wird von einer Seite aus Norddeutschland die Beschäftigung im Februar als schlecht und wesentlich ungünstiger als im Vormonat und Vorjahr, hauptsächlich infolge Kohlenmangels, angegeben. Außerdem machte sich ein Überangebot an Arbeitskräften bemerkbar.

Aus der Kaliindustrie wird mitgeteilt, daß die Beschäftigung im Berichtsmonat gering gewesen, aber gegen den Vormonat eine Besserung eingetreten ist, die auf die Wangenstellung und Wiederaufnahme des Versandes zurückgeführt wird. Dem Vorjahre gegenüber hat sich der Absatz, wie von einer Seite berichtet wird, um etwa die Hälfte verringert.

Die Lage der Eisengießereien West-, wie Nordwestdeutschlands wird teils als ebenso gut wie im Vormonat und Vorjahr, hauptsächlich infolge großer Lieferungen für die Werkstättenämter, teils als ebenso ungünstig wie im Januar geschildert, da infolge Kohlen-, besonders Braunkohlen-, und Brikettmangels die Betriebe nur in ganz beschränktem Umfange aufrecht erhalten werden konnten. Der Versand war daher, wie aus Nordwestdeutschland mitgeteilt wird, ebenfalls gering. Stellenweise ist aber in letzter Zeit eine kleine Besserung der Geschäftslage festgestellt worden; auch der Versand erfuhr hier und da eine kleine Steigerung; aber die anhaltend starke Nachfrage nach Roheisen konnte bei weitem nicht

gedeckt werden, da der Wagenmangel störend einwirkte. Infolgedessen mußte die Erzeugung zumeist auf Lager genommen werden. Über weitere Lohnerhöhungen und Arbeiterausstände wird berichtet. Es hat sich Mangel an gelernten Arbeitern, besonders an Formern, geltend gemacht.

Die Stahl- und Walzwerke Süddeutschlands, Schlesiens und zum Teil Norddeutschlands geben die Beschäftigung im Berichtsmonate als sehr gut und gut wie im Vormonat und Vorjahre nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Halbzeugmengen an. Jedoch beeinträchtigte die Güterverkehrssperre wesentlich den Versand. Genügende Aufträge lagen vor, deren Ausführung jedoch wegen Kohlenmangels wesentlich behindert wurde.

Die eingegangenen Berichte über die Lage der chemischen Großindustrie lassen auch im Berichtsmonat zumeist eine wenig günstige Geschäftslage erkennen, da wegen ungenügender Kohlenlieferungen zahlreiche Betriebe stillgelegt werden mußten, obgleich sonst die Beschäftigung hätte gut sein können. Infolgedessen mußte auch die Arbeitszeit stellenweise bis auf 5 Stunden täglich herabgesetzt werden. Von einer Seite aus Norddeutschland wird mitgeteilt, daß nur die Schwefelkohlenstoffabrik in Betrieb war. Gegenüber dem Vormonat sowie dem Vorjahre ist somit eine weitere Verschlechterung der Lage zu erkennen. Lohnerhöhungen haben teilweise um 10% stattgefunden. In den Betrieben, die chemische Erzeugnisse verschiedener Art wie Soda, Schwefel und Salzsäure sowie Erzeugnisse für das Spinnstoffgewerbe herstellen, ist nach den vorliegenden Berichten die Beschäftigung im Februar reichlich und gut gewesen, da verschiedentlich noch mehrjährige Aufträge im Rückstand gewesen sind, jedoch fanden Massenkündigungen von Aufträgen statt. Gegenüber dem Vormonat und Vorjahre ist die Geschäftslage ungünstiger, da das Publikum den heutigen Verhältnissen kein Vertrauen mehr entgegenbringt. Während von einer Seite ein Überangebot an Arbeitskräften festgestellt wird, konnte an anderer Stelle der Arbeiterbedarf nur notdürftig gedeckt werden.

Die eingegangene Berichterstattung über die Lage in der Industrie chemisch-pharmazeutischer Präparate läßt ein verschiedenes Bild erkennen; nach der Mehrzahl der Berichte ist die Beschäftigung im Februar nur mäßig und vollkommen ungenügend gewesen; gegenüber dem Vormonat und Vorjahre ist zumeist eine Verschlechterung zu erkennen, welche auf das völlige Versagen der Kohlen- und Rohstoffzufuhr, sowie auch auf das Fehlen des Ausfuhrhandels zurückzuführen ist. Infolge des großen Kohlenmangels mußte die Arbeitszeit verkürzt werden. Nur ein kleiner Teil der Berichte läßt die Geschäftslage als gut und etwas besser als im Vorjahre erkennen, da größere Aufträge vorgelegen hätten. Allgemein werden ein Überangebot an Arbeitskräften, sowie Lohnerhöhungen angegeben.

Die Geschäftslage in den Anilin- und Teerfarbenfabriken scheint nach dem Berichte eines Großbetriebes ebenso gering wie im Vormonat und Vorjahre gewesen zu sein. In den Unternehmungen zur Herstellung von Farben aller Art war die Beschäftigung einerseits rege und besser als im Vormonat, andererseits aber auch nur wiederum gering. Die Beschäftigung in den Betrieben zur Herstellung von giftfreien Farben für die Papierindustrie wird von einer Seite als ungefähr die gleiche wie im Vormonat angegeben; gegenüber dem Vorjahre wird aber ein merklicher Rückgang festgestellt, der durch die vollständig fehlende Ausfuhr herbeigeführt worden ist.

Die Lackfabriken schildern die Geschäftslage als ungefähr gleich der des Vorjahres; sie hätte besser sein können, wenn die nötigen Rohstoffe vorhanden gewesen wären.

Der Geschäftsgang in der Industrie für Wärme- und Kälteschutzmittel erscheint als schwach und wesentlich ungünstiger als im Vorjahre. Da der Vormonat bereits schon eine sehr ungünstige Geschäftslage gezeigt hat, hat eine weitere Verschlechterung gegen ihn nicht stattgefunden. Es wird über Arbeitermangel infolge allgemeiner Arbeitsunlust, wiederum als Folge der politischen Verhältnisse, angegeben. Lohnsteigerungen mußten fortgesetzt eintreten.

Die Beschäftigung in den Kokereien, die Teer, schwefelsaures Ammoniak und Benzol herstellen, ist nach dem Berichte eines Großbetriebes noch weiter zurückgegangen. Die Einschränkung gegenüber dem Vormonat belief sich auf etwa 8% und gegenüber dem Vorjahre auf etwa 50%, sie ist auf die schwache Förderung bei den Kohlengruben und ferner auf mehrtägige Streikbewegungen zurückzuführen.

Die Brauereien Süddeutschlands berichten, daß eine Einschränkung der Beschäftigung infolge der gesetzlichen Verminderung der Biererzeugung stattgefunden hat. Da bei Fortdauer des Bierverbrauchs zu befürchten stand, daß die Biervorräte während der Sommermonate zu knapp werden würden, mußten weitere Kontingentierungen vorgenommen werden. Infolgedessen blieb der Bierabsatz im Februar, abgesehen von der geringeren Anzahl der Tage, gegenüber demjenigen im Januar naturgemäß zurück, überstieg aber trotzdem denjenigen vom Februar 1918 noch ein wenig. Trotz der allgemein herrschenden Arbeitslosigkeit war das Angebot von Arbeits-

kräften gering. Für die Brauereien Norddeutschlands ergibt sich hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage das gleiche Bild.

Die Beschäftigung in den Spiritfabriken war im allgemeinen ungenügend und geringer als im Vormonat und Vorjahre, da das Fehlen der Aufträge für Heereszwecke sich geltend machte. Die Zufuhren an Rohspiritus sind dauernd ziemlich umfangreich gewesen, aber der Absatz in gereinigter Ware war infolge des weiterbestehenden Versteuerungsverbots nur mäßig und beschränkte sich außer auf Lieferungen an Apotheken, Heilmittel- und Essigfabriken noch auf solche von Brennspritus.

Die Lage in den Zementwerken war im allgemeinen unverändert. Den Anforderungen konnte aber wegen Kohlenmangels und spärlicher Wagengestellung nicht entsprochen werden. Die Löhne befinden sich weiter in steigender Richtung. Verschiedentlich wird über Arbeitermangel berichtet.

Für die Glaswerke, die insbesondere Tafelglas herstellen, scheint im allgemeinen noch befriedigende Beschäftigung gewesen zu sein, doch haben auch stellenweise Betriebsunterbrechungen wegen Kohlenmangels stattfinden müssen. Es machte sich ein außerordentliches Überangebot an Arbeitskräften bemerkbar. Die Hohlglasfabriken, welche medizinische, chemische und pharmazeutische Gläser herstellen, berichten über eine sehr starke Nachfrage; trotz genügender Arbeitskräfte konnte derselben nur zu einem kleinen Teil entsprochen werden, da die Betriebe wesentlich unter dem Kohlenmangel zu leiden hatten. Für die Betriebe zur Herstellung von Laboratoriumsgläsern ergibt sich das Gleiche.

Aus der Steingutindustrie wird von Verbandssseite berichtet, daß die Geschäftslage hinsichtlich des Absatzes im allgemeinen immer noch gut gewesen ist; nur die im besetzten Gebiet liegenden Unternehmungen hatten mit Absatzschwierigkeiten wegen der herrschenden Verkehrssperre zu kämpfen. Die Beschäftigung dagegen litt bei sämtlichen Fabriken teils unter dem empfindlichen Kohlenmangel, teils unter den Verkehrsschwierigkeiten und auch unter der Arbeitsunlust der Arbeiter. Insofern hat sich eine Verschlechterung der Lage gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahre ergeben. Es herrschte ein Überangebot an Arbeitskräften, namentlich infolge der Rückkehr der früher beschäftigten Arbeiter. Sämtliche Fabriken haben mehr Arbeitskräfte eingestellt, als sie normalerweise beschäftigen können. Teilweise sind weitere Lohnerhöhungen eingetreten. Im allgemeinen stellen sich die Löhne um 125% höher als in Friedenszeiten. Der Achtstundentag ist fast durchweg eingeführt. Eine ganze Reihe von Betrieben arbeitet wegen Kohlenmangels kürzere Zeit, teilweise liegen Unternehmen auch ganz still. Im mitteldeutschen Gebiete hat gegen Monatschluß Generalstreik geherrscht; im übrigen sind Streiks nicht in Erscheinung getreten. — Die Beschäftigung in den Porzellanfabriken wird von einer Seite als gut und unverändert gegen das Vorjahr angegeben.

Aus der Zellstoffindustrie wird von einem süddeutschen Großbetriebe mitgeteilt, daß der Betrieb der Werke sich bis in die letzten Tage des Monats Februar in ungefährem Umfange wie in den drei letzten Kriegsmonaten durchführen ließ. Gegen Monatsende waren infolge Kohlenmangels weitere größere Betriebseinschränkungen notwendig. Es konnten daher auch die übernommenen Aufträge nicht in vollem Umfange erledigt werden. In der Wagengestellung war eine Besserung eingetreten, so daß die im Januar entstandenen Vorräte zum Versand gebracht werden konnten. Die wiederholt gesteigerten Löhne mußten um weitere 15—20% erhöht werden.

Nach den eingegangenen Berichten erscheint die Geschäftslage der Papierfabriken im Berichtsmonat teils unverändert, teils gut, aber bereits schon etwas nachlassend. Aufträge gehen spärlich ein, so daß noch immer auf Lager gearbeitet werden muß.

— Die Beschäftigung in den Gummifabrikfabriken ist im allgemeinen nur mäßig, da die eingegangenen und zum Teil reichlichen Aufträge infolge Rohstoff- und Kohlenmangels nur zum Teil ausgeführt werden konnten. Auch mußten aus diesen Gründen Arbeiterentlassungen vorgenommen werden. (Nach „Reichs-Arbeitsblatt“ 1919, XVII. Jahrg., Nr. 3, Seite 177—189.) *Wih.\*\**

### Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Anlässlich eines Artikels im „Vorwärts“ unter der Überschrift „Hochverrat der Schwerindustrie“, welcher schwere Angriffe gegen deren Preispolitik richtete, hat der Stahlwerks-Verband das folgende Telegramm an die Redaktion des „Vorwärts“ gesandt: Ihr Artikel „Der Hochverrat der Schwerindustrie“ in der Samstagnummer entbehrt sachlicher Grundlage und enthält gänzlich falsche Behauptungen. Wenn Arthur Saturnus sagt: „Die Schwerindustrie habe deutsches Eisen für französische Granaten geliefert“, so weisen wir das als Verleumdung zurück. Grund zur Preiserhöhung sind neben Steigerung der Löhne, Kohlenpreise und Eisenbahnfrachten vor allem die unaufhörlichen Streiks gewesen, die allein der Vorwurf des Hochverrats trifft. Bisherige Preise bedeuten für alle Werke so ungeheure Verluste, daß sie in verhältnismäßig kurzer Zeit zum Erliegen kommen müssen. Die der Schwerindustrie unterstellten Manöver zur Ausbeutung der Steuerzahler durch Spekulation auf Ausfuhrprämien zum Ausgleich angeblich zu hoher Ausfuhrpreise sind nichts als leere Hirngespinnste. Wir ersuchen Sie daher auf

Grund des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung: „Die in dem Artikel über den ‚Hochverrat der Schwerindustrie‘ von Arthur Saturnus aufgestellte Behauptung, daß die Schwerindustrie deutsches Eisen für französische Granaten geliefert habe, ist un wahr.“

**Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft.** Der „Frkf. Ztg.“ wird berichtet, daß nunmehr eine außerordentliche Generalversammlung Verkaufsvollmachten für den linksrheinischen Besitz zu erteilen haben wird. Aus ihrer Einberufung darf freilich nicht gefolgert werden, daß der Abschluß des Verkaufs und die bisher vorgesehene Durchführung schon ganz sicher seien. Wie man aus den Diskussionen in der luxemburgischen Kammer und in der französischen Presse weiß, wird das Geschäft dort in starkem Maße als ein wirtschaftspolitisches angesehen und zum Teil sogar als Handelsobjekt betrachtet. Wenn auch anzunehmen ist, daß die widerstreitenden französischen und luxemburgischen Bestrebungen auch innerhalb der Interessen beider Länder ein Gegengewicht und damit schließlich einen Ausgleich finden werden, so scheint jetzt, als ob der derzeit im Vordergrund stehende Reflektant, nämlich eine von Burbach geführte Gruppe im Moment der Beseitigung aller administrativen und sonstigen Schwierigkeiten unmittelbar freie Hand zum gültigen Abschluß zu haben wünscht, und daß sich hauptsächlich dieserhalb die deutsche Verwaltung gleichfalls mit allen Vollmachten versehen muß. Die Generalversammlung würde also ähnlich wie die letzten Aufsichtsratsitzungen nur die Abschlußbereitschaft auf deutscher Seite zu vervollständigen, nicht aber den Abschluß selbst vorzunehmen haben. Bei dem Verkauf kommt der gesamte linksrheinische Besitz in Betracht, d. i. die Adolf Emilhütte (Buchwert Ende 1917 45,85 Mill. M), die Hochöfen in Eseh und Oth (15,41 Mill. M), die Erzgrubenrechte in Esch usw. (14,44 Mill. M), die Anteile an der Erzgrube St. Piromont und Villerupt, das Stahl- und Walzwerk Rothe Erde (19,14 Mill. M) und die Drahtfabrik Eschweiler (1,86 Mill. M), dazu die Betriebsvorräte und Magazinkonten für die einzelnen Abteilungen, also fast die ganzen in „Abteilung B Aachener Hüttenverein“ organisierten Eiseninteressen im Buchwert von zusammen 100 Mill. M. Übrigens blieben an Eisenobjekten nur Düsseldorf, Hüsten, Duisburg und Gelsenkirchen, zusammen im Buchwert von ungefähr 30 Mill. M, abgesehen von der Kohlenwerkabteilung im Buchwerte von 113 Mill. M, die durchweg rechtsrheinisch gelegen, nun wieder der alleinige Kern der Gelsenkirchener Gesellschaft sein wird. Die zu veräußernden Objekte sind mit Anleihen nur ganz geringfügig belegt. Der Hauptbetrag des Anleihekontos von 57 Mill. M ruht auf den Zechen.

Die Gründe, welche Gelsenkirchen veranlassen, auf den Burbacher Vorschlag einzugehen, liegen — besonders, soweit die Luxemburger Neuanlagen in Betracht kommen — auf der Hand. Zur Zeit ist durch die linksrheinische Besetzung die Brennstoffzufuhr aus den eigenen linksrheinischen Gruben unterbunden. Die Handelsbeziehungen zwischen Rechtsrhein und Luxemburg liegen für die Zukunft sehr unklar. Das Verhalten der luxemburgischen Regierung und ihres Parlaments gegenüber den früher gern gelittenen deutschen Unternehmungen ist anders geworden. Endlich basiert die Adolf Emilhütte auf luxemburgischen und französischen Erzkonzessionen, die die Gesellschaft nicht ganz leicht beherrscht. Verzichtet man aber aus solchen oder ähnlichen Gründen auf die Weiterführung der Adolf Emilhütte und ihrer Annexe, so verliert man zugleich die Roheisenbasis für das Stahlwerk Rothe Erde in Aachen. Beide Hütten bilden betriebstechnisch in solchem Umfange ein Ganzes, daß die Gelsenkirchener Verwaltung in der Bildung des Konzerns so weit gehen zu müssen glaubt, daß sie auch den ehemaligen Aachener Verein, also ein auf deutschem Boden stehendes Besitzstück, mit in die Hände der ausländischen Reflektanten geben will. *dn.*

**Essener Steinkohlenbergwerke A.-G.** Nach Abschreibungen von 2,28 (2,49) Mill. M, einschl. Vortrag von 1,06 (0,96) Mill. M, Reingewinn 4,4 (5,09) Mill. M, Dividende wieder 10% und Sondervergütung 40 (20) M je Aktie. Neuvortrag 296 919 M. *ar.*

### Chemische Industrie.

**Aktien-Gesellschaft „Silesia“ Verein chemischer Fabriken.** Einschließlich Vortrag von 287 769 (286 616) M, nach 402 180 (418 375) M Abschreibungen Reingewinn 983 000 (1 565 175) M, Dividende 12 (13)% gleich 676 800 M. Vortrag 74 616 (287 769) M. *dn.*

### Industrie der Steine und Erden.

**Stralauer Glashütte Actiengesellschaft, Berlin-Stralau.** Zuzüglich 52 880 (14 301) M Gewinnvortrag, Reingewinn 306 671 (295 042) M, der wie folgt verwendet werden soll: Dividende wieder 10%, 4% Sondervergütung, Vortrag auf neue Rechnung 41 037 (52 880) M. *u.*

## Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

### Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen.

Für den Zusammenschluß zu einem Akademikerbund der deutschen chemischen Industrie wirbt ein Aufruf, der in Nr. 41 der „Chemikerzeitung“ veröffentlicht wird. Das Ziel des provisorischen Vorstandes, den die Herren Dr. Zepf, Merseburg (Ammoniakwerk Leuna), Dipl.-Ing. Witthöft, Bitterfeld (Griesheim-Elektron) und Dr. Wallis, Ziebig (Wolfener Farbenfabrik) bilden, besteht nach diesem Aufruf darin, „mit größtmöglicher Eile einen Verband zu schaffen, der vom Arbeitgeberverband der deutschen chemischen Industrie als Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft anerkannt werden kann, und der auch von der Regierung zur Mitarbeit an gesetzgeberischen Maßnahmen für die Industrie, insbesondere in der Frage der Betriebsräte, zugezogen werden muß.“

Wenn drei Deutsche beieinander sind, so gründen sie vier Vereine. Die angestellten Chemiker haben jetzt die Wahl zwischen vier neuen Bünden, die jeder ihre Interessen in der einzig richtigen Weise zu vertreten behaupten. Als fünfter ist doch schließlich auch noch der Verein Deutscher Chemiker da, der doch immerhin um den Stand der Chemiker im allgemeinen, und den der angestellten im besonderen, seine in zweiunddreißigjähriger Tätigkeit erworbenen Verdienste hat und sich jetzt anschickt (vgl. S. 233), sich durch Reorganisationen den veränderten Verhältnissen anzupassen und den angestellten Chemikern eine Vertretung zu schaffen, die den vom „Akademikerbund“ und den anderen Verbänden gestellten Forderungen gerecht wird. *Sf.*

### Tagesrundschau.

Die British Science Guild wird im Juli in der Central-Hall, Westminster, die British Scientific Products Exhibition veranstalten. Es werden dort Chemie, Metallurgie, Physik, Maschinenbau, Heizstoffe, Flugzeuge usw. vertreten sein. („Iron and Coal Trades Review“ vom 7./3. 1919.) *on.*

**Gründung einer chemischen Fachschule in Helsingborg.** Wie „Dagens Nyheter“ vom 19./3. mitteilt, wird in Helsingborg von seiten der Stadt die Gründung einer Fachschule für die chemische Industrie geplant. (Nachrichten 67, 1919.) *u.*

### Personal- und Hochschulnachrichten.

Es wurde verliehen: Der Titel eines a. o. Professors den Privatdozenten Dr. A. K a i l a n (Chemie) an der Wiener Universität und Dr. H e r m a n n L e u c h s, Abteilungsvorsteher am Chemischen Institut der Universität Berlin.

Es wurden ernannt: Geheimrat Prof. Wilhelm Herzberg, Vorsteher der Abteilung für Papierprüfung beim Materialprüfungsamt in Berlin-Lichterfelde West, zum stellvertretenden Direktor dieses Amtes; Prof. Dr. S t r a u s (Straßburg) für die Chemieprofessur an der Handelshochschule Berlin als Nachfolger von Prof. Dr. B i n z; Dr. phil. E r w i n R u p p, Ordinarius und Direktor des pharmazeutisch-chemischen Instituts in Königsberg, an die Universität Breslau als Nachfolger Gadamer; Prof. Dr. F r. A. H ä r t e l, zweiter Direktor der Untersuchungsanstalt beim Hygienischen Institut der Universität Leipzig, zum Apothekenprüfer für den zweiten Apothekenprüfungsbezirk Sachsens; a. o. Prof. Dr. W a l t e r R o t h von der Universität Greifswald zum ordentlichen Professor für physikalische Chemie an der Technischen Hochschule in Braunschweig.

Gestorben ist im hohen Alter von 87 Jahren in London der Senior der englischen Chemiker und Physiker Sir William Crookes.

### Personalmeldungen aus Handel und Industrie.

Zum Geschäftsführer wurde bestellt: Rudolf Appel, Berlin, bei der Firma Chemie- und Hygiene-Gesellschaft m. b. H. Berlin.

Prokura wurde erteilt: Alois Kohl, Gustav Ladebeck und Peter Sterck, bei der Firma Reinartz & Co., Ätherische Öle, Düsseldorf.

Das 25jährige Dienstjubiläum beging am 15./3. A. M o r g e n s t e r n, Leiter der Sauerstoffabrik Berlin.

Hans Drumm, Brauereidirektor der Firma G. Pschorr, Pschorrbräu München, ist mit dem 31./3. in den Ruhestand getreten.

Gestorben sind: August Florstedt, Seifenfabrikant in Alsleben a. d. S. im Alter von fast 80 Jahren. — Friedrich Grillo, zu Haus Morp bei Erkrath, Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats der A.-G. für Zink-Industrie vormals Wilhelm Grillo.

am 1./4. — Brauereibesitzer Kommerzienrat **Emerau Hollesck** im Alter von 67 Jahren. — **Franz Holoubek**, Seifenfabrikant in Nusle bei Prag, im Alter von 75 Jahren. — Ing.-Chem. **Th. Knösel** in Neustadt, Westpr. — **Pierre Malotau**, Direktor der Zuckerfabrik San-van-Gent (Holland). — **Oskar Molenda**, Direktor der Zuckerfabrik Mesiritz (Böhmen) am 21./3. — Kommerzienrat **Siegfried Wertheimer**, Wien, Besitzer der Firma Wertheimer, Steinbrucker Ölwerke, Wien.

## Eingelaufene Bücher.

(Die Besprechung der eingelaufenen Bücher wird vorbehalten.)

- Breuer, C.**, Gaslichtpapier (N P G-Handbuch, Teil II). Mit 2 Photographien als Bildbeilagen. Berlin-Steglitz, Neue Photographische Gesellschaft. geh. M 0,80
- Dröse, Heinrich.** Die Ausnutzung der Wasserkräfte des Oberrheins. Karlsruhe i. B. 1919, G. Braunsche Hofdruckerei u. Verlag. geh. M 6,—
- Dalert, F. E. v., u. Alter, W. v.**, Über organisatorische Bestrebungen auf d. Gebiete d. Kunstdüngerindustrie. (Sonderdr. aus d. Z. f. d. landwirtsch. Versuchswesen in Österreich 1918.) Wien u. Leipzig, Wilhelm Frick.
- Elbs, Karl.** Die Akkumulatoren. Eine gemeinfaßl. Darlegung ihrer Wirkungsweise, Leistung u. Behandlung. 5. verb. Aufl., mit 3 Fig. im Text. Leipzig 1919, Johann Ambrosius Barth. geh. M 2,60
- Grossmann, H.**, Rohstoffkrieg oder Wirtschaftsfrieden? Auf Grund v. parlamentar. Verhandlungen in Frankreich u. Deutschland. (Bibliothek f. Volks- u. Weltwirtschaft, hrsg. Franz v. Mammen, Heft 58.) Dresden u. Leipzig 1918, Globus, wissenschaftl. Verlagsanstalt. geh. M 2,—
- Harms, Bernhard.** Völkerrechtl. Sicherungen d. wirtschaftl. Verkehrsfreiheit in Friedenszeiten. (Kriegswirtschaftl. Untersuchungen aus d. Institut f. Seeverkehr u. Weltwirtschaft an d. Univ. Kiel, hrsg. v. Bernhard Harms, 17. Heft.)
- Hoffmann, Josef.** Leitfaden f. d. Arbeitsunterricht d. Chemie für d. V. Klasse d. Realschulen. 1. Teil: Fragen u. Vorarbeiten f. d. Lehrstoff. 2. Zusammenfassung u. Erweiterung des Unterrichtsstoffes. Mit 33 u. 49 Abb. sowie 1 Spektraltafel. Wien 1919, Franz Deuticke. kart. M 6,80
- Lippmann, Edmund O. v.**, Entstehung u. Ausarbeitung d. Alchemie. Mit einem Anhang: Zur älteren Geschichte d. Metalle. Ein Beitrag z. Kulturgeschichte. Berlin 1919, Julius Springer. geh. M 36,—, geb. M 45,—
- Lorenz, R.**, Chemische Industrie im Kriege. (Naturwissenschaftl. Vorträge, im Felde gehalten [1].) Leipzig 1919, Johann Ambrosius Barth. geb. M 8,60

## Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

### Chemische Gesellschaft zu Heidelberg.

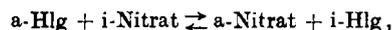
Sitzung am 8./3. 1919 gemeinsam mit dem Oberrheinischen Bezirksverein des Vereins deutscher Chemiker.

Vorsitzender: **Th. Curtius**.

**E. Wedekind - Straßburg:** *Über Umsetzungen und homogene Gleichgewichte von Elektrolyten in nicht dissoziierenden Lösungsmitteln.* Die Aufklärung<sup>1)</sup> des Mechanismus der Autorazemisation optisch-aktiver asymmetrischer Ammoniaksalze in Chloroform und anderen nicht dissoziierenden Lösungsmitteln führte dazu, den Einfluß von Salzzusätzen auf die Reaktionsgeschwindigkeit zu studieren; gewählt wurden zunächst Salze mit gleichem Kation, aber einem Anion (Nitrat und Perchlorat), welches erfahrungsgemäß nicht zerfallende Salze gibt. Die dabei auftretende Herabsetzung der Reaktions-

<sup>1)</sup> Vgl. u. a. **Wedekind** und **Paschke**, Zeitschr. f. physik. Chemie **73**, 118 [1910].

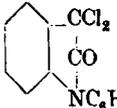
geschwindigkeit konnte durch eine doppelte Umsetzung erklärt werden nach dem Schema:



in welchem *a* ein aktives, *i* ein inaktives Kation darstellt. Die Drehungsabnahme macht an einem Punkt halt, welcher der jeweiligen Lage des Gleichgewichtes entspricht. Nach vollkommenem Zerfall der Halogensalze kann das entstandene aktive Nitrat durch Fällung mit Äther isoliert werden. Ein weiterer Prüfstein für die richtige Deutung des Vorganges ist das Ergebnis des entgegengesetzten Versuches: Zugabe von inaktivem Halogenid zu aktivem Nitrat, welches an sich optisch beständig ist. Wählt man ein beliebiges Ammoniumjodid, das in Chloroform und ähnlichen Solventien nicht zerfällt, so macht sich nach dem Mischen ein regelmäßiger Rückgang der Drehung (und auch des Jodtiters) bemerkbar, welcher auf die Umsetzung  $a\text{-Nitrat} + x\text{-J} \rightleftharpoons a\text{-J} + x\text{-Nitrat}$  zurückzuführen ist; das erzeugte *a*-J (nicht aber *x*-J) zerfällt in bekannter Weise, und durch fortwährende Gleichgewichtsstörung geht der Vorgang zu Ende, ohne bei einem Grenzwert stehenzubleiben. Nichtelektrolyte, wie Äthyljodid, Allyljodid, zeigen diesen Effekt nicht.

**R. Stollé:** *Über Oxindolabkömmlinge.* Die Methode zur Darstellung vom Stickstoff substituierter Oxindole (Ber. **47**, 2120) hat sich zur Gewinnung des Oxindols selbst und im Benzolkern substituierter Abkömmlinge verwenden lassen. So entsteht aus Chloracetylanilid beim Erwärmen mit  $\text{AlCl}_3$  auf etwa 225° Oxindol, aus Chloracetyl-*p*-toluidid bei 230° Methyloxindol. *N*-Phenyloxindol geht schon beim Erwärmen mit Natronlauge auf 100° in *o*-Anilidophenylethylsäure Sm. 108° über.

Bei den Trichloracetylderivaten der Alkylaryl- und Diarylamine wurde der Ringschluß durch  $\text{AlCl}_3$  schon in der Kälte erzielt. So liefert Trichloräthylidiphenylamid leicht  $\beta$ -Dichlor-*N*-phenyl-

oxindol  vom Sm. 118°, das auch durch Einwir-

kung von  $\text{PCl}_5$  sowohl auf *N*-Phenyloxindol als auch auf *N*-Phenylisatin erhalten wurde und durch Reduktion mit Zn und Salzsäure leicht in Phenylisatin übergeführt werden kann. Auch in  $\beta$ -Dibromphenylisatin vom Sm. 132°, aus Phenylisatin und 2  $\text{Br}_2$  in  $\text{CCl}_4$ , lassen sich die beiden Halogenatome leicht durch O ersetzen. Brom liefert mit Äthylisatin zunächst ein Anlagerungsprodukt, das aber bei schwachem Erwärmen schon Bromwasserstoff abspaltet.

Die Einwirkung von Oxalylchlorid auf Phenol bei gewöhnlicher Temperatur ergab das bei 56–57° schmelzende Phenyloxalensäurechlorid, das durch Umsetzung mit Anilin in ätherischer Lösung in Phenyl-oxalensäureanilid (glänzende Krystalle aus Alkohol; Sm. 137°) charakterisiert wurde. Das gleiche Produkt wurde aus Oxalylsäurechlorid und Phenol erhalten. Bei der Einwirkung von  $\text{AlCl}_3$  auf Phenyl-oxalensäurechlorid wurde die Bildung von Salicylsäure festgestellt; diese sowie die bei der Einwirkung von Oxalylchlorid auf Phenol in Gegenwart von  $\text{AlCl}_3$  entstandene und in Form des Phenylhydrazons vom Sm. 148° gewonnene *o*-Oxybenzoylameisensäure lassen erkennen, daß die zur Darstellung von Isatinen und Thionaphthenchinonen verwandte Methode (Ber. **46**, 3915 und Ber. **47**, 1130) sich auch zur Darstellung von Cumarandionen verwenden läßt.

**E. Müller:** *Über Mikroelementaranalyse.* Da während der Kriegszeit die Beschaffung tadelloser Gummischläuche, wie sie für die Ausführung der Mikroanalyse nach Pregl unbedingt nötig sind, unmöglich war, hat der Vortragende die Apparatur derart abgeändert, daß die Benutzung von Schläuchen sich erübrigt. Weiter wurde die Einrichtung unter Verwendung verschleißbarer Absorptionsapparate so getroffen, daß nur noch im Sauerstoffstrom und nicht, wie bei Pregl, im Sauerstoff- und Luftstrom verbrannt wird. Der zur Verbrennung nötige Sauerstoff wird direkt im Apparat aus Wasserstoffsperoxyd, Schwefelsäure und Kaliumbichromat entwickelt. Ausführliche Beschreibung und Abbildungen werden von dem Vortragenden im Journal f. pr. Chem. veröffentlicht. *Rm.*

# Verein deutscher Chemiker.

## Mitteilung der Geschäftsstelle betreffend Zeitschriftenversand.

Durch die namentlich in den ersten Wochen d. J. so vielfach erfolgten Fehlleitungen von Heften unserer Zeitschrift ist die Auflage eines großen Teils der ersten Hefte nahezu völlig vergriffen. Wir bitten deshalb alle Leser der Zeitschrift, uns diejenigen Hefte, die sie etwa doppelt erhalten haben oder diejenigen Teile der Zeitschrift, auf die sie keinen Anspruch haben, einzusenden. Der letztere Fall ist

dann eingetreten, wenn Bezieher, die nur auf Lieferung einer der Teilausgaben Anspruch haben, also Ausgabe B, C oder D, eine der anderen vollständigeren Ausgaben geliefert erhalten haben. Wurde z. B. Ausgabe B bestellt und die Ausgabe A geliefert, so wird hiermit gebeten, uns die in dieser Ausgabe enthaltenen Aufsätze und Referatenbogen wieder einzusenden.

Es sei bei dieser Gelegenheit die Bitte wiederholt, stets auf die Ablieferung der richtigen Ausgabe zu achten und Hefte falscher Ausgaben unbedingt an das Postamt zurückzugeben.